

Starbucks & der Würstelstand.

Der Einfach- heit halber

Wie können wir unsere kleinen und mittleren Unternehmen, die Schlagader unserer Wirtschaft, gegenüber den »Großen« in Stellung bringen? Indem wir für Gerechtigkeit sorgen, die KMUs entlasten und die Konzerne, die in unserem Land Profite erwirtschaften, in die Pflicht nehmen.

Nehmen wir einen österreichischen Gastronomiebetrieb. 6 MitarbeiterInnen erwirtschaften 600.000 Euro Umsatz. Ausgehend von einer branchenüblichen, durchschnittlichen Umsatzrentabilität zahlt der Wirt 3.150 Euro Körperschaftsteuer. Der Weltkonzern Starbucks zahlte in Österreich 2014 (laut Wiener Zeitung vom 13.8.2016) nur 814 Euro Steuer.

Aber wie geht das?

Und noch viel wichtiger die Frage: Wie lässt sich das ändern? Starbucks ist nur eines von vielen Beispielen für einen multinationalen Konzern, der seine Gewinne nicht dort versteuert, wo sie erwirtschaftet werden – wie es unser Wirt tut. Sie sind nicht auf einen Standort konzentriert und regional verwurzelt, sondern Gebilde, die überall und nirgends aktiv sind und ihre Gewinne so lange hin und her schieben, bis die Besteuerung kleiner ist als die unseres Wirtshauses.

Unzählige KMUs stehen oft im direkten Wettbewerb mit solchen Konzernen, die sich über Steuerdumping enorme Wettbe-

werbsvorteile verschaffen. So entsteht eine Schieflage und Ungerechtigkeit, die unbedingt korrigiert werden muss. Steuerdumping verhindern und KMUs unterstützen – das steht auf dem Plan ganz weit oben. Mit substanziellen Senkungen der Lohnnebenkosten, zum Teil gegenfinanziert durch höhere Steuern von ebenjenen Konzernen, die es sich bisher richten konnten.

Die Maßnahmen konkret

Eine Senkung des Dienstgeberbeitrags für den Familienlastenausgleichsfonds um eine Milliarde Euro wird gerade umgesetzt. Senken wir den verbleibenden Teil noch einmal auf die Hälfte, sinkt die Lohnnebenkostenbelastung pro Beschäftigtem um rund 7 Prozent. Durch diese Senkung schließen wir punkto Lohnnebenkosten von Platz 22 ins EU-Mittelfeld auf. Das kostet zwar bis zu 3 Milliarden Euro, bringt letztlich aber tausende neue Jobs. Klar ist, dass sich das nicht in Leistungskürzungen zu Lasten der Familien bemerkbar machen darf. Vielmehr brauchen wir eine gerechte Gegenfinanzierung. Die Hälfte kommt aus einer höheren Besteuerung der internatio-

nen Konzerne, einer Effizienzsteigerung bei allen Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträgern sowie Mehreinnahmen durch höhere Beschäftigung.

Die zweite Hälfte wird durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage z. B. auf fossile Energieträger oder andere Wertschöpfungskomponenten getragen, nicht jedoch auf Abschreibungen und Investitionen. Wir wollen ein wachstums- und leistungsfreundliches Steuersystem. Derzeit lasten alle Lohnnebenkosten auf dem Faktor Arbeit. Das benachteiligt v. a. personalintensive Betriebe, also genau jene, die Jobs schaffen, und schafft den zusätzlichen Anreiz, nach Möglichkeit zu automatisieren, um Mitarbeiter und Sozialabgaben zu sparen. Unterstützen und belohnen wir besser Betriebe, die für Beschäftigung sorgen.

Steuergerechtigkeit: Es geht ums Wollen!

Darüber hinaus stehen wir vor der Herausforderung, wo die Frage der Steuergerechtigkeit grundsätzlich gelöst werden kann oder soll. Österreich engagiert sich in dieser Frage seit Jahren auf internationaler Ebene. Aber auch national gibt es genug Möglichkeiten, sich wirkungsvoll dieses Themas anzunehmen. So zum Beispiel mit:

• Werbeabgabe auf Online-Medien:

Österreichische Tageszeitungen zahlen für ihre Werbeeinnahmen 5 Prozent Werbeab-

Unsere Davids zu Goliaths machen



Zeigen wir unseren KMUs, wie sehr wir sie schätzen. Schließlich sind wir auf sie angewiesen.

Also: flott runter mit Lohnnebenkosten, Vereinfachung des Systems und Herstellung von Gerechtigkeit, indem wir die ganz Großen endlich ihren Beitrag leisten lassen.



gabe, Google, Youtube und andere Online-Konzerne nicht. Diese Ungleichbehandlung ist ein Wettbewerbsvorteil für Internet-Konzerne, der abgeschafft werden muss. Nicht nur weil er unsere Betriebe schädigt, sondern auch weil dadurch Steuersubstrat unversteuert ins Ausland abfließen kann.

• Meldepflichten für Banken:

Die Panama-Papers haben gezeigt, dass Banken eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Briefkastenfirmen spielen. Deutschland hat daher den Banken eine Meldepflicht für jede signifikante neue Firmenbeteiligung außerhalb der EU auferlegt. Dadurch werden Auslandsbeteiligungen nicht eingeschränkt, aber die Finanz weiß genau über sie Bescheid. Damit soll die anonyme Briefkastenfirma in der Steueroase der Vergangenheit angehören. Diese Meldepflichten sollten künftig auch für österreichische Banken gelten.

• Sondersteuer für verschobene Gewinne:

Wenn Thalia ein eBook an österreichische KundInnen verkauft, zahlt das Unternehmen Körperschaftssteuer in Österreich, Amazon tut das nicht. Amazon hat keine

Betriebsstätte in Österreich. Und ohne Betriebsstätte (der das eBook zugerechnet werden kann) ist Amazon nach geltendem Recht auch nicht gewinnsteuerpflichtig. Mit billigen Tricks wie diesem verschieben Konzerne ihre Gewinne ins Ausland und schaden unserer Wirtschaft. Damit muss Schluss sein: Künftig unterliegen verschobene Gewinne einer Strafsteuer von mehr als 25 Prozent. Vorbild sind die zuletzt eingeführten Strafsteuern in Großbritannien, Frankreich und Australien.

• Umsatzsteuer auf Geschäfte mit Daten:

Online-Konzerne machen gute Gewinne mit der Verwendung personenbezogener Daten – damit »zahlen« die Nutzer für scheinbar kostenlose elektronische Dienstleistungen wie Google Maps. Diese »tauschähnlichen Umsätze« sollten der Umsatzsteuerpflicht unterworfen werden. Warum soll das Geschäftsmodell eines Tischlers steuerpflichtig sein, nicht aber jenes von Google?

• Mehr Personal für die Großbetriebsprüfung:

Die Großbetriebsprüfung setzt die Interessen der österreichischen Steuerzahler-

Innen gegenüber den Großkonzernen durch. Derzeit gibt es rund 350 Großbetriebsprüfer, Tendenz sinkend. Die im Rahmen der Steuerreform 2015/16 zugesagte Aufstockung um 30 Prüfer soll auf 60 verdoppelt werden. Ein Großbetriebsprüfer bringt einen durchschnittlichen steuerlichen Mehrertrag von 2,25 Millionen Euro bei Kosten von 74.000 Euro.

• Strengere Betriebsprüfungen:

Italien beispielsweise hat durch strenge Prüfung Apple eine Nachzahlung von 318 Millionen Euro aufgezwungen. Großbritannien hat dasselbe bei Google gemacht, Ergebnis 130 Millionen Pfund. Daher: strenge und intensive Betriebsprüfungen bei den Österreich-Töchtern ausländischer Großkonzerne. Denn Gewinne, die in Österreich erwirtschaftet werden, müssen auch in Österreich versteuert werden.

Es geht nicht nur um Gerechtigkeit. Es geht auch darum, unsere kleinen und mittleren Unternehmen dafür zu belohnen, was sie tagtäglich durch ihre Leistungen für unser Land tun. ■